

Kommentar

2007 im Blick

Die Regionalwahlen als nationales Zwischenzeugnis

MEDARD RITZENHOFEN*

„Ach Frankreich“, ist man wieder einmal geneigt zu sagen. Noch keine zwei Jahre sind es her, da erlebte die Nation ein Wahldebakel ohnegleichen: Der Vorstoß des Jean-Marie Le Pen in die zweite entscheidende Runde um das Präsidentenamt wurde als politischer Offenbarungseid empfunden. Dann ging ein Ruck durch die Republik, der alle demokratischen Kräfte in einer landesweiten Anti-Le-Pen-Kampagne mobilisierte. Nie zuvor hatten Parteien und Medien, Intellektuelle und Künstler im Verein mit der öffentlichen Meinung so geschlossen Front gegen einen Politiker gemacht wie gegen den Chef des Front National (FN). Die bizarre Wahlkampfdraturgie wollte es, dass Jacques Chirac, der im ersten Wahlgang mit einem mageren Vorsprung abgestraft worden war, in der Stichwahl mit der unter anderen Umständen irrationalen Traumquote von 82 Prozent der Stimmen im höchsten Amt bestätigt wurde.

So unerwartet der Rechtspopulist ins Rampenlicht getreten war, so schnell verschwand er hinter den Kulissen, zumal dem FN bei den anschließenden Parlamentswahlen der Einzug in die Nationalversammlung verwehrt blieb. Nicht minder schnell ging auch das politische Leben zur Tagesordnung über. Der vielgelobte „esprit de mai“ (Jean-Pierre Raffarin), der die Nation in seltener po-

litischer Geschlossenheit geeint hatte, verflüchtigte sich zugunsten jenes partikularen Gemenges eigennütziger Interessen, für das de Gaulle einmal die Worte fand: „ils cuisent leur petite soupe, à petit feu, dans leur petit coin.“ So erwies sich der „coup de tonnerre“ im nachhinein als Theaterdonner, der das von den immer gleichen Akteuren und Stücken gelangweilte Publikum aus dem Schlaf der politischen Vernunft gerissen hatte, um es in einer spektakulären Massenszene kurzfristig auf die Bühne zu holen. Niemand scheint das besser verstanden zu haben, als Le Pen, der sich mit einem Slogan zurückgemeldet hat, der wie eine schallende Ohrfeige die Nation an ihren Sündenfall vor zwei Jahren erinnert: „Vous avez aimé le 21 avril 2002, vous adoreriez le 21 avril 2004.“

Am 21. und 28. April finden in Frankreich Regional- und Kantonalwahlen statt, und die ersten Schlagzeilen deuten darauf hin, dass Frankreichs Politrabauke vom Dienst erneut den anderen Kandidaten und Parteien die Show stehlen wird. „Pourquoi Le Pen peut gagner“ titelte mit dem Konterfei des Betroffenen „L'Express“ in seiner Ausgabe vom 8. Januar. Vier Tage später zog „Libération“ mit ihrem ersten Aufmacher zu den Wahlen nach: „Le Pen au ventre“. Der Zeitpunkt hätte günstiger nicht sein können. In dem Mo-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

ment, wo die vielbeachteten Nadelstiche von Innenminister Sarkozy gegenüber Staatspräsident Chirac an Unterhaltungswert verlieren, ist es wieder an *Le Pen*, eine Scheibe einzuschmeißen und sich heimlich in der Nacht mit grimmigem Grinsen durch das Hinterfenster in die Runde der arglos debattierenden rechten Spitzenpolitiker zu schleichen.

Lob und Leid der Regionen

Die Regionalwahlen ein Hinterfenster? Der Karikaturist Willem, der seit Jahr und Tag für „*Libération*“ die zynischsten Kommentare zur Politik auf den galligen Punkt bringt, hat er hier nicht das falsche Detail verzerrt? „*L'organisation de la République est décentralisée*“, heißt es seit März letzten Jahres in Artikel 1 der französischen Verfassung. Doch was im Paradiesstaat des Zentralismus wie die späte Revanche der Girondisten an den Jakobinern anmutet, wurde von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Da kann sich Premierminister Raffarin noch so hartnäckig für die politische Aufwertung der 22 Regionen stark machen, im allgemeinen Bewusstsein bleiben sie die Findelkinder der Politik, denen Vater Staat im Vergleich zu den 100 Départements und rund 36 000 Kommunen nicht allzu viel vermachen will.

Es überrascht deshalb nicht, dass die diesjährigen – nach 1986, 1992 und 1998 – vierten Wahlen zu den Regionalräten einmal mehr in erster Linie als nationales Stimmungsbarometer wahrgenommen werden. Diese Sichtweise drängt sich umso mehr auf, als das Wahljahr 2004 zu einer Zwischenbilanz nachgerade einlädt. Auf halber Strecke zwischen den Präsidenten- und Parlamentswahlen vor zwei Jahren und deren Neuaufgabe im Jahr 2007 gelegen bieten die Regional- und Kantonalwahlen im März ebenso wie die Europawahlen am 13. Juni die einzige Gelegenheit einer allgemeinen politischen Willensbekundung. Stehen Regional- und Europawahlen gegenüber den Präsidenten- und

Parlamentswahlen eher für die zweite Liga des politischen Wettbewerbs, so kommt ihnen dank ihres Zeitpunktes nun eine Rolle zu, die den Vergleich mit den amerikanischen „*mid term elections*“ nahelegt. Die neue Übersichtlichkeit des französischen Wahlkalenders ergibt sich aus der zeitlichen Harmonisierung von Präsidenten- und Parlamentswahlen, nachdem die Amtszeit des Staatsoberhauptes von sieben auf fünf Jahre verkürzt wurde. So wird dem diesjährigen Wahljahr ein wahlfreier Zeitraum bis 2007 folgen, den es in dieser Länge erst zweimal in der V. Republik gegeben hat, zwischen 1962 und 1965 sowie zwischen 1989 und 1992.

Was die Regionalwahlen dank ihres Zeitpunktes an Aufmerksamkeit gewinnen, büßen sie aus eben diesem Grund an ihrem eigentlichen Zweck ein. Bedeutungsgewinn und Verlust ihres ursprünglichen Sinnes gehen Hand in Hand. Es waren die Dezentralisierungsgesetze zu Beginn der Ära Mitterrand 1982/83, die die 22 Regionen zu Gebietskörperschaften machten. Den Regionen, die den historischen Provinzen grob entsprechen, obliegt die Förderung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung, wobei Infrastruktur, Bau und Unterhalt von Schulgebäuden sowie die Berufsausbildung oben anstehen. Damit bleibt Föderalismus im nach wie vor zentralistisch regierten und verwalteten Frankreich ein Fremdwort. Nicht nur sind die Budgets der seit 1986 direkt gewählten Regionalräte vergleichsweise bescheiden, auch als Sprungbrett für eine nationale Karriere wird der Posten eines Regionalratspräsidenten nicht gerade hoch gehandelt. Der eben dieses Amt früher in der südwestlichen Region Poitou-Charentes ausübende Raffarin bildet die die Regel bestätigende Ausnahme. In dem aktuellen Premierminister hat die Dezentralisierung deshalb ihren beredtesten Anwalt gefunden.

Treten bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die Programme gegenüber den Personen in den Hintergrund, so sind die

Kandidaten bei den Regionalwahlen den Wählern in der Regel kaum bekannt, während die Unterschiede in der Politik gar nicht wahrnehmbar sind. Fragen, die den Straßenbau oder die Ausbildung zum Bäckermeister betreffen, werden ohnehin eher pragmatisch denn parteipolitisch entschieden. Das mäßige Interesse an den Regionen belegten die Regionalwahlen vor sechs Jahren, als die Wahlbeteiligung bei gerade 42 Prozent lag.

Denkzettel für die Regierung?

In diesem Jahr könnten die Regional- und Kantonalwahlen mehr Bürger an die Urnen locken, bieten sie sich doch als nationales Zwischenzeugnis an. Da 2002 sowohl der Präsident als auch die seitdem regierende bürgerliche Rechte mit überwältigenden Mehrheiten ausgestattet wurden, haben Chirac und Raffarin das meiste zu verlieren. Da mag der Premierminister auf den lokalen Wert der Wahl pochen – „les régionales, c'est pour la région!“ –, und der Staatspräsident an die regionale Verantwortung der Bürger appellieren, diese Regionalwahlen laufen wahrscheinlich auf einen Denkzettel für die Regierung hinaus. Das ergab zumindest die erste Umfrage Mitte Januar, laut der 65 Prozent der befragten Personen ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen wollen. Lediglich 23 Prozent zeigten sich bereit, mit ihrer Wahl der Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Dass solche Prognosen mit Vorsicht zu genießen sind, beweist die schwankende Popularität des Premierministers. Nachdem sich diese in der zweiten Jahreshälfte 2003 ständig verringert hatte, stabilisierte sie sich in jüngster Zeit. Hatten die Medien im November noch über das nahe Ende der Regierung Raffarin spekuliert, so hellte sich der Horizont zum Jahreswechsel wieder auf. Das voraussichtliche Wachstum von 1,7 Prozent im laufenden Jahr bedeutet noch keine blühende Wirtschaft, aber der Premierminister

muss nicht mehr den „contexte récessif“ bemühen, mit dem er das Nullwachstum im letzten Jahr erklärte. Dass die Arbeitslosigkeit aufhört zu steigen, um sich knapp unterhalb der symbolischen Marge von 10 Prozent einzupendeln, mag man als Spatz in der Hand werten. Dass der Präsident den konjunkturellen Aufschwung sofort nutzte, um nach der Taube auf dem Dach zu greifen, indem er einen „dauerhaften Rückgang der Arbeitslosigkeit“ versprach, unterstreicht einmal mehr Chiracs politischen Voluntarismus. Gegenüber Arbeitgebern und Gewerkschaften erklärte der Präsident den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur Priorität von 2004. Dass er dabei eher auf die Dynamik der Wirtschaft vertraut denn auf staatliche Intervention, machten seine Vorschläge deutlich. Während der nächsten 18 Monate sollen Investoren von der Unternehmenssteuer („taxe professionnelle“) befreit werden. „Junge Einmann-Firmen“ („entreprises personnelles“) bekommen ein neues vorteilhaftes Statut. Die Einkommenssteuer soll weiter gesenkt werden; die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit soll durch „un véritable droit à l'activité“ zurückgeführt werden.

Inwieweit die für einen Neujahrsempfang ungewöhnlich konkreten Direktiven an die Regierung Wirkung zeigen, bleibt abzuwarten. Seit Jahrzehnten vergeht kein Jahreswechsel, an dem die politischen Verantwortlichen nicht der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen. „Der Arbeitsmarkt muss das zentrale Element unserer Regierungspolitik sein“, erklärte bereits 1967 Georges Pompidou und schuf ein entsprechendes Staatssekretariat, das niemand anderes übernahm als ein 35-jähriger Jungpolitiker namens Chirac. Wichtig an der von diesem jetzt angekündigten „grande loi de mobilisation pour l'emploi“ ist zunächst dies: Mit seinen Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik, denen die vielbeachtete Rede zur „Laizität in der Republik“ am 17. Dezember vorausging¹, hat sich Chirac eindrucksvoll in der Innenpolitik zurückgemel-

det. Die Kritiker, die den Staatspräsidenten im Zuge der Irak-Krise nur noch auf dem diplomatischen Parkett wahrnehmen zu können glaubten, sehen sich eines anderen belehrt. Die Innenpolitik war seit jeher Chiracs eigentliche Domäne. Mit dem Versprechen, die „fracture sociale“ zu beheben, wurde er 1995 in den Élysée-Palast gewählt. 2002 war er der Garant republikanischer Werte, der gegen *Le Pen* im Amt bestätigt wurde. 2004 ist es für den Staatspräsidenten höchste Zeit, seiner häufig ohne rechte Fortune agierenden Regierung den Rücken zu stärken.

Die wankelmütige Linke

Ob Chiracs wahltaktisch motivierte Rechnung aufgeht und das Vertrauen in die Regierung rechtzeitig vor dem Urnengang konsolidiert, bleibt vorerst fraglich. Nicht weniger ungewiss ist, ob die Opposition daraus Kapital schlagen kann. Denn wenn die Rechte mit einem „vote sanction“ rechnen muss, darf die Linke deshalb noch nicht auf einen Durchbruch hoffen. Der Parti Socialiste (PS) als die dominante Linkspartei bietet auch zwei Jahre nach seiner doppelten Niederlage ein Bild unschlüssiger Nabelschau. Weder personell noch programmatisch kommen die Sozialisten mit sich ins Reine. Seit *Lionel Jospin* nach seinem überraschenden Ausscheiden nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen den Bettel hingeworfen hat, wird die Partei von einer zermürbenden Nachfolgediskussion aufgerieben.

Wer soll und kann 2007 die Schmach von 2002, als „die göttliche Linke“ (*Baudrillard*) von *Le Pen* auf den dritten Platz verwiesen wurde, tilgen? Das ist die Frage, die die Sozialisten umtreibt. Mit welchen Folgen, zeigt die Gerüchteküche. Unmittelbar nach seinem persönlichen Desaster gab *Jospin* seinen definitiven Rückzug aus der Politik bekannt. Doch kaum meldet er sich mit einem unverbindlichen Zeitungsartikel zu Wort, schießen die Spekulationen über sein Comeback

auch schon ins Kraut. Dabei hat sich der frühere Premierminister die Türen zu einer Rückkehr an die Parteispitze geradezu verbarrikiert, als er sang- und klanglos die Brücke des sinkenden Tankers verließ.

Es war *Jospins* getreuer *Eckart François Hollande*, der spontan in die Bresche sprang. Dem seit 1997 amtierenden „premier secrétaire“ wurden auf dem Kongress in Dijon im Mai letzten Jahres die Schlüssel der Partei für weitere vier Jahre übergeben, doch ist er alles andere als ein Fels in der innerparteilichen Brandung. *Hollande* gilt als unauffälliger Organisator, der weder die Brillanz eines *Mitterrand* besitzt noch über die Autorität *Jospins* verfügt. Für einen blassen Vorsitzenden aber ist sich die Partei, die immer noch glaubt, die unvergänglichen Ideale der Revolution gepachtet zu haben, zu schade. Umso leichter haben es zwei Star-Sozialisten, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, obwohl sie weder ein offizielles Amt bekleiden noch sich besonderer Beliebtheit erfreuen. *Laurent Fabius*, der einst jüngste Premierminister unter *Mitterrand* sowie Finanzminister von *Jospin* geriert sich als „candidat naturel“ für 2007. Der ganz ähnlich wie sein Pendant auf der Rechten *Alain Juppé* zu glatt und arrogant wirkende *Fabius* arbeitet in jüngster Zeit auffallend intensiv an einem volkstümlichen Image. Dagegen ist der hochkompetente Wirtschaftsfachmann *Dominique Strauss-Kahn*, der ebenfalls schon an der Spitze von *Bercy* stand, bemüht, seinen bohèmehaften Anstrich durch soliden Innovationsgeist zu korrigieren: „Man muss die Linke ändern, um Frankreich zu ändern.“

Daneben gibt es mit dem ehemaligen Kulturminister *Jack Lang*, dem früheren Gesundheitsminister *Bernard Kouchner* und dem derzeitigen Bürgermeister von Paris *Bertrand Delanoë* drei weitere Mandarine der Partei, die aufgrund ihrer Popularität im Gespräch darüber bleiben, wer die Sozialisten, die auf nationaler Ebene nirgendwo mehr das Sagen haben, in die politischen Chefetagen zurück-

führt. Fehlt es dem PS nicht an personellen Ambitionen, so hapert es mit einer identifizierbaren Programmatik. Nicht nur hat die Linke spätestens mit dem dezidierten Auftreten der Globalisierungsgegner ihr angestammtes Privileg verloren, progressiv zu sein, als Verteidigerin von abgewirtschafteten Sozialsystemen und Tarifrechten fällt ihr nolens volens die Rolle der beharrenden Kraft zu. Zu dieser allgemeinen Herausforderung, mit der sich die Linke in ganz Europa konfrontiert sieht, kommt, dass der PS nie sein offizielles Aggioramento zu einer sozialdemokratischen Partei vollzogen hat. Man will mit der linken Dogmatik nicht völlig brechen, ohne dass man damit den „peuple de gauche“ bei der Stange halten könnte. Am 21. April 2002 holte Jospin bei den höheren Angestellten mehr Stimmen als bei den Arbeitern. Von Liberalismus aber wollen die Sozialisten nichts hören.

„Die Mutter der Schlachten“

Angesichts der programmatischen Zwickmühlen und personellen Grabenkämpfe ist, wie der Publizist Eric Dupin schreibt, mit einer schlagkräftigen demokratischen „neuen Linken“ wenn überhaupt, erst „übermorgen, vielleicht“ zu rechnen. Trotzdem brennen die Sozialisten darauf, der Regierung bei den Regionalwahlen eins auszuwischen. Da sie seit 1998 in nur acht der 22 Regionen am Ruder sind, stehen die Chancen für Zugewinne nicht schlecht. Dass Jack Lang als Sprecher der PS-Kampagne nicht nur „un vote sanction“, sondern „un vote de dissuasion“ fordert, mag noch angehen. Wenn er aber seinen Landsleuten nahelegt, ihren Frust mit einem klaren „non“ zum Ausdruck zu bringen, redet er jenem Rechtspopulisten nach dem Munde, der nach wie vor der erfolgreichste „Ras-le-bol“-Repräsentant ist. Der

75-jährige *Le Pen* hat es sich nicht nehmen lassen, selbst als Kandidat in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) anzutreten, die er zu einem „französischen Kalifornien“ machen will. Da der FN 1998 mit 26,5 Prozent der Stimmen in der südöstlichsten Region Frankreichs sein bestes Ergebnis erzielte, wird sich das Interesse dort fokussieren, wo *Le Pen* selbstredend „la mère des batailles“ austragen will.

Wenn PACA die einzige Region ist, wo ein Sieg des FN ernsthaft in Erwägung gezogen werden kann, so wird die Rechtsaußenpartei in den meisten Regionen beim zweiten Wahlgang ein Wörtchen mitzureden haben. Zumal François Bayrou und seine liberale Formation UDF der dominanten bürgerlichen Rechtspartei UMP des Präsidenten die Gefolgschaft versagen, um mit eigenen Listen anzutreten. Die zehn Prozent, die man überspringen muss, um in den zweiten Wahlgang zu kommen, dürften weder für den FN noch für die linksextremen Trotzlisten eine unüberwindliche Hürde darstellen. Um aber deren beider Einfluss bei heimlichen Koalitionen mit demokratischen Parteien zu mindern, wurde eine Prämie von 25 Prozent der Sitze für die führende Liste eingeführt, die klare Mehrheitsverhältnisse schaffen soll. Waren 1998 in vier Regionen (Rhône-Alpes, Picardie, Languedoc-Roussillon, Bourgogne) deren Präsidenten mit den Stimmen des FN gewählt worden, so wird die neue Wahlklausel den Einfluss der Rechtsextremen verringern. Sobald die Ergebnisse dieses regionalen „galop d'essai avant la présidentielle“ („Libération“) feststehen, werden die nationalen Matadore ohnehin wieder 2007 in den Blick nehmen, und damit jenen Amtssitz, um den in der französischen Politik die eigentliche Mutter aller Schlachten ausgetragen wird: den *Élysée*.

1 Siehe den Artikel des Verfassers „Republik ohne Schleier“ in diesem Heft, S. 76.